Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4052

12. 03. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf), Anke Fuchs (Köln), Elke Ferner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/187 –

Programm für Klimaschutz, Wirtschaftsmodernisierung und Arbeitsplätze in Deutschland

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Michaele Hustedt, Gila Altmann (Aurich), Franziska Eichstädt-Bohlig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/739 –

Investitionsprogramm für Arbeitsplätze durch Klimaschutzmaßnahmen

A. Problem

Unter Hinweis auf die Klimaproblematik und die drohende Umweltzerstörung soll die Bundesregierung durch die beiden Anträge aufgefordert werden, ein umfangreiches Paket von Maßnahmen in den Bereichen Energieversorgung, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft und Abfall durchzuführen. Die vorgeschlagenen Maßnahmenbündel unterscheiden sich zum Teil in Zielvorstellung, Anwendungsbereich und Regelungstiefe, verweisen aber beide insbesondere auf den arbeitsplatzschaffenden Effekt ihrer Maßnahmen. Die Atomkraftnutzung wird in beiden Anträgen abgelehnt.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge.

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, ohne die Kernenergienutzung lasse sich das CO_2-Minderungsziel von 25 % bis zum Jahre 2005 nicht erreichen. Ein nationaler Alleingang bei der Energiepreiserhöhung beschleunige den Export von Arbeitsplätzen, ohne daß angesichts z. T. schlechterer Standards in anderen Ländern wirklich etwas für die Umwelt getan werde.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme eines der beiden vorliegenden Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 13/187 abzulehnen.
2. den Antrag auf Drucksache 13/739 abzulehnen.

Bonn, den 7. Februar 1996

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Vorsitzender

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichterstatter

Michael Müller (Düsseldorf)
Berichterstatter

Michaele Hustedt
Berichterstatterin

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Michael Müller (Düsseldorf), Michaele Hustedt und Birgit Homburger

I.

Die Anträge auf den Drucksachen 13/187 und 13/739 wurden in der 27. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. März 1995 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Antrag auf Drucksache 13/187 wurde zusätzlich zur Mitberatung noch an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus überwiesen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat sich gutachtlich an der Beratung des Antrags auf Drucksache 13/187 beteiligt.

II.

Die mitberatenden Ausschüsse haben wie folgt votiert:

zu Drucksache 13/187

- Der Finanzausschuß hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.
- Der Ausschuß für Wirtschaft empfahl mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrages.
- Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten lehnte den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS ab.
- Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfahl mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und des Mitglieds der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung des Antrages.
- Der Ausschuß für Verkehr empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen diejenigen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags.
- Der Ausschuß für Verkehr empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen diejenigen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrages.
- Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung lehnte den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten der Gruppe der PDS ab.
- Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus empfahl bei Stimmengleichheit der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. sowie der Mitglieder der Gruppe der PDS Ablehnung des Antrags.
- Der Haushaltsausschuß empfahl mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen der Gruppe der PDS Ablehnung des Antrages.
- Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS gutachtlich vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

zu Drucksache 13/739

- Der Finanzausschuß lehnte den Antrag mit großer Mehrheit ab.
- Der Ausschuß für Wirtschaft empfahl mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe PDS bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrages.
- Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten lehnte den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS ab.
- Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfahl mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktio-

nen der CDU/CSU und F.D.P. gegen eine Stimme eines Mitglieds der Fraktion der SPD und gegen eine Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS bei Enthaltung der übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung des Antrages.

- Der Ausschuß für Verkehr empfahl mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen diejenigen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrages.
- Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung lehnte den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten der Gruppe der PDS ab.
- Der Haushaltsausschuß empfahl mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrages.

III.

Der Antrag auf Drucksache 13/187 bemängelt in seinem Teil I insbesondere die Tatenlosigkeit der Bundesregierung im Hinblick auf eine Klimaschutz- und Energieeinsparpolitik. Bis auf wenige Maßnahmen sei die ökologische Erneuerung in der Wirtschafts-, Verkehrs-, Agrar-, Umwelt- und Finanzpolitik nicht einmal eingeleitet, geschweige denn national oder EU-weit durchgesetzt worden. Im Teil II wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Programm für Klimaschutz, Wirtschaftsmodernisierung und Arbeitsplätze in Deutschland mit den Eckpunkten

- Energieversorgung,
- Reform des energiewirtschaftlichen Ordnungsrahmens,
- sichere Energieversorgung ohne Atomkraft,
- Harmonisierung der europäischen Umwelt- und Energiesparstandards bei der Energieerzeugung- und -verteilung,
- umweltgerechte Verkehrspolitik,
- Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft

aufzulegen. Mit dem vorgeschlagenen Förderprogramm werde die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft beschleunigt und sozialverträglich gestaltet. Die vorgesehenen Maßnahmen hätten große Wirkungen bei der Entlastung der Umwelt und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Der Antrag auf Drucksache 13/739 verweist zunächst auf die Feststellung der UNCED-Konferenz von Rio, daß zur Abwendung des globalen Umweltproblems der Klimaänderungen deutliche Reduktionen der Treibhausgas-Emissionen nötig seien. Ein weiteres globales Problem stelle die ständig steigende Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern und nahezu allen weiteren Staaten der Erde dar. Die Fortsetzung des bisherigen Wirtschaftskurses werde weder die Probleme der Arbeitslosigkeit noch der Umwelt lösen, sondern sie weiter verschärfen. Das Festhalten an der kapitalintensiven Atomenergie blockiere den Wandel der Energiewirtschaft zu einer dezentralen Energiesparwirtschaft. Die Bundesregierung wird deshalb im zweiten Teil des Antrages aufgefordert, durch eine Wende in folgenden Politikbereichen zu einer besseren Beschäftigung beizutragen:

- Energie,
- Verkehr,
- Landwirtschaft und Ernährung,
- Abfall.

Unter diesen Oberbegriffen werden eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen aufgeführt, mit denen die Wende in den genannten Bereichen erreicht werden soll.

IV.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Anträge in seiner 11. Sitzung am 17. Mai 1995 und in seiner 26. Sitzung am 7. Februar 1996 beraten.

Von seiten der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde festgestellt, man teile die Ansicht, daß noch weitere Maßnahmen zum Klimaschutz erforderlich seien. Ohne die Kernenergienutzung lasse sich aber das CO_2-Minderungsziel von 25 % bis zum Jahre 2005 nicht erreichen. Der geforderte Alleingang bei der Energiepreiserhöhung beschleunige den Export von Arbeitsplätzen. Da in anderen Ländern z. T. schlechtere Umweltschutzstandards als hierzulande gälten, stelle sich außerdem die Frage, ob dadurch wirklich etwas für die Umwelt getan werde. Einen Teil der geforderten Maßnahmen bewerte man durchaus positiv. Angesichts des notwendigen Finanztransfers in die neuen Bundesländer seien aber derzeit die erforderlichen Mittel beispielsweise für ein Programm zur Förderung von Energieeinsparmaßnahmen im Gebäudebestand nicht vorhanden.

Von seiten der Fraktion der SPD wurde darauf hingewiesen, die von der Bundesregierung durchgeführten Maßnahmen zum Klimaschutz reichten bei weitem nicht aus. Die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürften nicht dazu führen, die Umweltpolitik zurückzustellen. Wie dies früher im Sozialbereich gelungen sei, müsse heute die Politik das ökologische Ziel als integralen Bestandteil beinhalten. Man sei der festen Überzeugung, daß die ökologische Umsteuerung in Richtung auf eine Einsparwirtschaft auf jeden Fall mit einer höheren Arbeitsintensität verbunden sei als eine Fortsetzung der Wirtschafts- und Energiepolitik heutigen Stils. Die notwendigen unbequemen Maßnahmen sei man bereit mitzutragen.

Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/739 trage man von der Grundtendenz her mit. In Einzelfragen gebe es aber eine Reihe von Differenzen. Insofern werde man sich bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ausgeführt, die Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen stehe nicht im Widerspruch zum Umweltschutz. Neue Arbeitsplätze entstünden nicht in ausgereiften Industriezweigen, da es dort nur um die Steigerung der Produktivität gehe. Man benötige Innovation, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Bereich Umwelttechnik sei der einzige, der selbst in der Rezession gewachsen sei. Dies bedeute, die ökologische Wende schaffe Arbeitsplätze. Wenn man die Lohnnebenkosten senken wolle, sei die ökologische Steuerreform genau das richtige Mittel. Man vermindere die Arbeitsplatzkosten und reduziere durch Verteuerung den Energieverbrauch. Dies wirke sich auch positiv auf die Umwelt aus. Alle einschlägigen Gutachten bestätigten diesen Zusammenhang. Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung könnten und müßten zu einem Erfolgsprojekt verknüpft werden.

Von seiten der Gruppe der PDS wurde festgestellt, mit vielen Teilen in beiden Anträgen stimme man überein. Man könne sich nur wünschen, daß das vorgeschlagene Programm auch umgesetzt werde. Man sei allerdings nicht der Ansicht, daß sich über diese Programme langfristig Arbeitsplätze sichern ließen. Deshalb seien zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, bei Stimmenthaltung seitens der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/739 abzulehnen.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, bei Stimmenthaltung seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/187 abzulehnen.

Bonn, den 7. Februar 1996

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichterstatter

Michael Müller (Düsseldorf)
Berichterstatter

Michaele Hustedt
Berichterstatterin

Birgit Homburger
Berichterstatterin



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333